

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frank Schäffler, Christian Dürr, Dr. Florian Toncar, Bettina Stark-Watzinger, Katja Hessel, Markus Herbrand, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Karlheinz Busen, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Oliver Luksic, Alexander Müller, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Stefan Ruppert, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Dr. Wieland Schinnenburg, Frank Sitta, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Nicole Westig, Katharina Willkomm und der Fraktion der FDP

Riester-Rente und Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen

Die Riester-Rente wurde 2002 im Zuge der Reform der gesetzlichen Rentenversicherung eingeführt. Seitdem unterstützt der Staat die Sparer mit Zulagen und Steuervorteilen, um sie zum Abschluss einer Riester-Rente zu motivieren. Die Zulagen müssen jedoch jährlich vom Versicherer bei der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) beantragt werden.

Zu den Kernaufgaben der ZfA gehört die Berechnung und Auszahlung der Zulage, eine eventuelle Rückabwicklung zu Unrecht gezahlter Zulagen sowie der Datenabgleich mit dem Rentenversicherungsträger, den Familienkassen der Bundesagentur für Arbeit, den zuständigen Besoldungsstellen und den Finanzämtern zur Überprüfung der gezahlten Zulage.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der derzeitige Vertragsbestand der riestergeförderten Rentenversicherungen (bitte nach unterschiedlichen Vertragsarten aufschlüsseln)?
 - a) Wie viele werden davon nach Kenntnis der Bundesregierung aktiv bespart (bitte nach unterschiedlichen Vertragsarten aufschlüsseln)?
 - b) Wie hoch ist der durchschnittliche Sparbetrag pro Monat (bitte nach unterschiedlichen Vertragsarten aufschlüsseln)?
 - c) Wie viele werden davon nach Kenntnis der Bundesregierung nicht mehr aktiv bespart (bitte nach unterschiedlichen Vertragsarten aufschlüsseln)?
 - d) Wie viele Riester-Renten sind in den letzten fünf Jahren hinzugekommen, und wie viele wurden aufgelöst?

2. Wie viele Zulagen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren an wie viele Personen für die Riester-Renten ausgezahlt?
 - a) Wie viele Personen schöpfen den Zulagenanspruch derzeit voll aus (bitte nach unterschiedlichen Vertragsarten aufschlüsseln)?
 - b) Wie viele Personen profitierten in welcher Höhe im Günstigervergleich vom Sonderausgabenabzug?
3. Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, dass Riester-Sparer ihre staatlichen Zulagen aufgrund des komplizierten Antragsverfahrens verfallen lassen (www.capital.de/geld-versicherungen/millionen-riester-sparer-fordern-ihre-zulagen-nicht-ab)?
4. Wie oft kam es nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren zu einer Rückabwicklung wegen zu Unrecht gezahlten Zulagen?
 - a) Wie viele Personen waren betroffen?
 - b) Wie lange dauert die durchschnittliche Bearbeitungszeit für eine Rückabwicklung?
 - c) Was sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Ursachen für die unrechtmäßigen Zahlungen?
5. Wie lange dauert nach Kenntnis der Bundesregierung durchschnittlich die Bearbeitungszeit bei der Berechnung des Vorsorgeausgleichs?
6. Wie viele Personen arbeiten derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung in der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen?
 - a) Wie viel Geld wird jährlich für die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen aufgewendet?
 - b) Wie viel Personal bzw. finanzielle Mittel entfallen auf die unterschiedlichen Aufgabenbereiche der ZfA?
7. Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die laufenden Bürokratiekosten durch die Riester-Rente?
 - a) Sind die Bürokratiekosten höher als ursprünglich vom Gesetzgeber vorgesehen war?
 - b) Wie bewertet die Bundesregierung das Verhältnis von Bürokratieaufwand und Nutzen für die deutsche Bevölkerung?
8. Welche gesetzlichen Änderungen sind seitens der Bundesregierung für die Riester-Rente geplant?

Gibt es z. B. Überlegungen, die Aufgaben des ZfA zu reformieren?

Berlin, den 8. August 2018

Christian Lindner und Fraktion